

Qualifizierung für nonformale politische Bildung

Ein Überblick

**Vielfalt
gestalten**

Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

Transferstelle
politische
Bildung



Einleitung

Die Ausbildungswege und Fortbildungsstrukturen der nonformalen politischen Bildung (im Folgenden unter dem Oberbegriff „Qualifizierung“ zusammengefasst) sind vielfältig, genauso wie die nonformale Bildungslandschaft insgesamt. Eine grundständige Ausbildung für Fachkräfte, in Form von typischen oder gar formalisierten Ausbildungswegen oder Abschlüssen, existiert nicht. De facto haben politische Bildner*innen Studienabschlüsse in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen (vgl. Abs et al. 2025). Vielfach bilden Träger nonformaler politischer Bildung ihre Fachkräfte on the Job und mit eigenen Fortbildungsangeboten aus. Freiberufliche Trainer*innen/Teamer*innen/Dozent*innen stammen oft aus unterschiedlichen fachlichen Kontexten und haben sich häufig selbst weitergebildet bzw. spezialisiert.

Dies muss nicht als Problem gesehen werden. Träger und Verbände stellen sicher, dass qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen, die den Anforderungen einer vielfältigen politischen Bildungspraxis gerecht werden. Allerdings gibt es für solch unregelmäßige Aus- und Fortbildungswege kaum gemeinsame Qualitätsstandards für Akteur*innen der politischen Bildung. Vor allem im Sinne von Qualitätssicherung und -entwicklung kann die Aus- und Fortbildungssituation daher als Manko gewertet werden, da eine spezifische wissenschaftliche Ausbildung fehlt. Nicht zuletzt kann man argumentieren, dass hier ein staatliches Manko – es gibt nur wenige auf dieses Bildungsfeld spezialisierte Professuren, damit wenig Lehre und Forschung – durch Anstrengungen zivilgesellschaftlicher Akteure kompensiert werden muss.

Gleichzeitig sieht sich politische Bildung mit gesellschaftlichen Herausforderungen konfrontiert, etwa mit wachsender Distanz zur Politik und Polarisierung. Um darauf angemessen reagieren zu können, sind unterstützende Rahmenbedingungen und klare Qualitätsvorstellungen für professionelles Handeln notwendig. Damit werden im Kontext von Qualitäts- und Abgrenzungsdebatten zur nonformalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung auch die Anforderungen an hauptamtliche und freiberufliche Fachkräfte sowie entsprechenden Qualifizierungsmöglichkeiten genauer betrachtet.

Bisher gibt es kaum systematische Bestandsaufnahmen der Situation und der damit verbundene Fragen. Das vorliegende Papier verfolgt das Ziel, einen Überblick über die diskutierten Punkte zu geben. Es soll dazu beitragen, Interessierte an das Thema heranzuführen und ggf. Impulse für Praxis, Forschung und Theorie zu geben.

Grundlage für diesen Überblick ist neben einer systematischen Analyse einschlägiger Literatur ein Fachforum zum Thema „Qualifizierung für nonformale politische Bildung“, das im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten: Fachforen politische Bildung und Demokratieförderung“ im September 2024 von der Transferstelle politische Bildung durchgeführt wurde. Das Fachforum wurde für diesen Text genutzt, um zentrale Aspekte der Debatte zu identifizieren und einzuordnen sowie ggf. zusätzliche, wissenschaftlich gestützte oder erfahrungsgebundene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Ziel des Papiers ist es, sowohl die Kernpunkte als auch die Bandbreite der Debatten herauszustellen. Es erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, möchte aber Anregungen bieten, um sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen.

Am Ende des Textes findet sich die zitierte Literatur. Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Das Papier gliedert sich in folgende Diskussionspunkte:

- Qualifikation als Element von Profession
- Strukturen der Qualifizierungsmöglichkeiten für politische Bildung

- Akademisierung der Aus- und Fortbildung für nonformale politische Bildung
- Zusammenwirken von Praxis und Forschung/Wissenschaft
- Fachpolitische Aspekte von Qualifizierungsprofilen für nonformale politische Bildung
- Zertifizierungen
- Entwicklungsbedarfe

Qualifikation als Element von Profession

Aus- und Fortbildung sind elementarer Teil von Professionalität. „Von „Profession“ ist in der professionstheoretischen Literatur wie nach allgemein alltäglichem Verständnis die Rede,

- „wenn eine Tätigkeit beschreibbare, grundlegende und wissensbasierte Kompetenzen (Wissen, Handlungsrepertoire) sowie persönliches Engagement und Lernwillen („Berufung“, „professionelles Selbst“) voraussetzt,
- wenn der Zugang zu einer Tätigkeit ordnungspolitisch geregelt ist (geschützte Berufsbezeichnungen),
- wenn ein Tätigkeitsbereich institutionalisiert ist und einen gesicherten Status in Bezug auf Beschäftigungsverhältnisse und Entlohnung hat (Verberuflichung),
- wenn die in dem Bereich Tätigen ein grundlegendes Qualitätsverständnis und bestimmte Werte, vor allem in Bezug auf Umgang mit und unter den beteiligten Menschen, teilen („Berufsethos“, „professioneller Habitus“),
- wenn es eine Gesamtheit des theoretischen, empirischen, didaktischen, praktischen „Know-hows“ des thematischen Bereichs identifiziert werden kann (Wissensbereich),
- oder die Gesamtheit der Praxis (Tätigkeitsfeld),
- wenn die Praxis einen gewissen Organisationsgrad aufweisen kann (Institutionalisierung)
- wenn mit der Tätigkeit ein gesellschaftliches Prestige verbunden ist (gesellschaftliches Ansehen und Rolle der Tätigen).“ (Becker 2013: 49 f.)

Nach dieser Definition fehlen dem Praxis- und Berufsfeld der nonformalen politischen Bildung wesentliche Merkmale: Die Gesamtheit der Praxis ist nur schwer zu erfassen, es gibt keine ordnungspolitisch geregelten Berufsbeschreibungen oder Tätigkeitszugänge und auch eine Gesamtheit theoretischen, empirischen, didaktischen, praktischen Know-hows kann nicht benannt werden. Nicht zuletzt spiegelt sich die „Ungeregeltheit“ in den prekären Beschäftigungs- oder Entlohnungsverhältnissen politischer Bildner*innen wider (siehe Abs et al. 2025: 440-442).

So ist das Praxis- und Berufsfeld nonformaler politischer Bildung, stärker als bei formal gesicherten Professionen, von Entgrenzungen und einem „dauerhaften Legitimations- und Selbstvergewisserungsprozess“ geprägt (Becker 2013: 50). Dies ist auch deswegen der Fall, weil das Berufsfeld stark von der Vielfalt der Beteiligten geprägt ist. Menschen mit sehr unterschiedlichen Biografien, Rollen und Arbeitskontexten bringen sich in den verschiedenen Praxisfeldern der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, aber auch in der allgemeinen Jugendarbeit oder Feldern wie der Kulturellen Bildung, der Freiwilligenarbeit oder der Medienbildung, ein (vgl. zu den institutionalisierten Praxisfeldern politischer Bildung Transfer für Bildung e.V. 2023b). Politische Bildung wird dabei nicht nur in klaren

Bildungsangeboten umgesetzt, sondern oft auch indirekt, etwa in Projekten zu Demokratie, Vielfalt oder Teilhabe.

Mit Blick auf die Qualifikation für politische Bildung stellten sich die Expert*innen im Fachforum zunächst Fragen hinsichtlich des Professionsverständnisses politischer Bildung (siehe Abbildung).



Abbildung 1: Qualifizierung für politische Bildung: Qualifikationsfragen. Eigene Darstellung

Wenn es darum gehen soll, Qualifizierungsmöglichkeiten für nonformale politische Bildungsarbeit zu verbessern, hängt dies auch davon ab, Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zur Profession zu finden. Dies geht nach Meinung einiger Expert*innen im Fachforum nur durch Zusammenarbeit und Vernetzung der unterschiedlichen Praxisfelder, Disziplinen und Institutionen, in denen sich jeweils in Teilen verschiedene Professionsverständnisse politischer Bildung herausgebildet haben und die Antworten auf diese Fragen teils unterschiedlich lauten.

Die zentralen Aussagen dazu werden im Kasten zusammengefasst.

Zentrale Aussagen

- Qualifizierung ist zentral, um von einer „Profession“ nonformale politische Bildung sprechen zu können.
- Politische Bildung ist vielfältig und entwickelt sich ständig weiter – Anforderungen an den Beruf sind daher dynamisch.
- Es gibt keine einheitliche Methode oder ein festes Wissen – unterschiedliche Disziplinen bringen eigene Perspektiven ein.
- Verschiedene institutionelle Strukturen (z.B. Träger, Bildungsorte) sind wichtig, da sie politische Bildung in unterschiedlichen sozialen Kontexten ermöglichen. Daraus ergeben sich unterschiedliche professionelle Anforderungen.
- Ein starrer Ausbildungsweg wird der Vielfalt und den unterschiedlichen Anforderungen nicht gerecht.
- Die Qualifikation sollte sich an den Bedürfnissen der Praxis orientieren und verschiedene disziplinäre Zugänge berücksichtigen.
- Interdisziplinärer Austausch und Zusammenarbeit verschiedener Akteure sind entscheidend für die Weiterentwicklung des Berufsfeldes.
- Vielfalt der Ausbildungswege und Perspektiven sollte nicht nur toleriert, sondern aktiv gefördert werden.

Strukturen der Qualifizierungsmöglichkeiten für politische Bildung

Die Qualifizierungsstrukturen und -wege nonformaler politischer Bildung sind äußerst vielfältig. Während die Qualifizierung von Lehrkräften für die formale politische Bildung in Schulen staatlich geregelt und (zumindest im Rahmen der jeweiligen Bundesländer) standardisiert ist, gilt dies für die nonformale, außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung nicht.

In Abbildung 2 wurde der Versuch unternommen, eine Übersicht über die Räume und Rahmen zu geben, in denen Fachkräfte für politische Bildung qualifiziert werden. Das Bild wurde gemeinsam im Fachforum erstellt und basiert auf den dort erarbeiteten Kategorien.

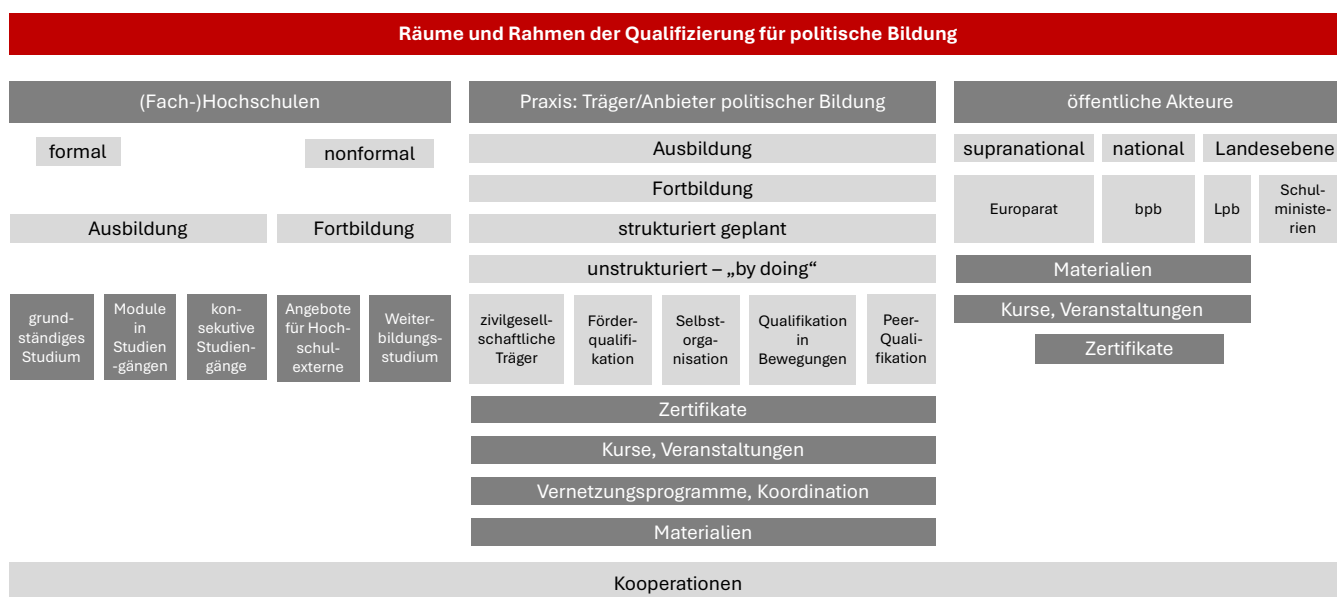


Abbildung 2: Räume und Rahmen der Qualifizierung für politische Bildung. Eigene, gemeinsam mit den Expert*innen im Fachforum entwickelte Abbildung

Die Abbildung zeigt, welche Vielzahl an Akteuren und Institutionen in die Qualifizierung von Fachkräften für politische Bildung (potenziell) involviert ist. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass es kaum genuine Studiengänge oder Denominationen von Professuren zu nonformaler, außerschulischer politischer Jugend- und Erwachsenenbildung gibt (vgl. Transfer für Bildung 2023a). Politische Bildung oder Demokratiebildung kommen als Begriff in Curricula der Sozialen Arbeit und in bildungswissenschaftlichen Studiengängen vor (siehe Abs et al. 2025: 229-236). Unbekannt ist, wie sich dies auf die Lehre tatsächlich auswirkt.

Die Vielfalt, die auch Unübersichtlichkeit und einen Mangel an Vergleichbarkeit nach sich zieht, verdeutlicht den Bedarf an Austausch und Vernetzung in diesem Bereich – zunächst weniger, um die Vielfältigkeit der Qualifizierungswege einzuschränken, als vielmehr, um für besseres Bewusstsein hinsichtlich der Gesamtheit der verschiedenen Qualifizierungsansätze zu sorgen und einen gemeinsamen Diskurs über Qualitätsfragen und die Weiterentwicklung der Qualifizierung für politische Bildung zu fördern.

Zielgruppen für Qualifizierung

Die Vielfältigkeit der Räume und Rahmen, in denen Fachkräfte für politische Bildung qualifiziert werden, ist auch durch die Vielfältigkeit derjenigen bedingt, die sich für politische Bildung qualifizieren wollen. Identifiziert wurden:

Ausbildung:

- Studierende
- Aktivist*innen

Fortbildung:

- Fachkräfte der politischen Bildung
- Quereinsteiger*innen (z.B. Ehrenamtliche der politischen Bildung, Fachkräfte aus anderen, benachbarten Bereichen)
- Berufsanfänger*innen

Genannt wurden auch Fachkräfte, die sich selbst nicht als politische Bildner*innen verstehen, de facto aber politische Bildungsarbeit machen. Dies trifft in Praxisfeldern der sogenannten Demokratieförderung zu, in denen es z.B. um Empowerment, Beteiligung, Demokratieerfahrungen oder Prävention etc. geht.

Aktuelle Qualifizierungsangebote

Für die nonformale politische Bildung existieren mittlerweile trägerübergreifende Versuche, mehr und formalisiertere Qualifizierungsangebote zu machen und das Qualitätsverständnis von professionellen Kompetenzen stärker zu ordnen.

- Es entstehen seit einigen Jahren punktuell anschließende/weiterführende oder Weiterbildungsstudiengänge, die dezidiert politische Bildner*innen für den nonformalen Bereich ausbilden. Beispiele sind der berufsbegleitende Masterstudiengang „Politisch-Historische Studien“ am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, <http://56874269.swh.strato-hosting.eu> oder der Studiengang „Master Civic Education. Demokratiewerk in der digitalisierten Gesellschaft“ der Ernst-Abbe-Hochschule Jena, <https://www.sw.eah-jena.de/studium/ma-civic-education/allgemeines>. Daneben gibt es viele einzelne Modul- oder Seminarangebote, vor allem in Studiengängen der Sozialen Arbeit/Sozialpädagogik, wie die Modulveranstaltung „Politische Bildung und Soziale Arbeit“ oder Materialien zu „Politische Bildung gegen Verschwörungsdenken“, beide an der TH Köln.
- Organisationen und Vertretungen nonformaler politischer Bildung arbeiten zu Kompetenzdefinitionen für politische Bildner*innen im nonformalen Bereich (z.B. das Fachkonzept „Pro-Pol – Weiterentwicklung der Professionalisierung in der Politischen Bildung“ (vgl. Hufer et al. 2013) oder das Kompetenzprofil für Fachkräfte der politischen Jugendbildung (vgl. Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) e.V. 2025).

Sie setzen sich vermehrt mit dem Thema Qualifizierung auseinander, etwa im Rahmen von Projekten oder im Zusammenhang von Überlegungen zu einer Öffnung politischer Bildungsorganisationen. In dem Zusammenhang engagieren sie sich auch für die Qualifizierung von politischen Bildner*innen aus verschiedenen Fachbereichen und von Personen aus Bevölkerungsgruppen, die in der politischen Bildung unterrepräsentiert sind.

Beispiele hierfür sind:

- Projekt der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) e.V.: „Politisch bilden – Profession stärken!“, Grundkurs politische Bildung (2023- 2024), <https://www.aksb.de/grundkurs-politische-bildung>
- Projekt der Europäischen Jugendbildungsstätte Weimar (EJBW): „Menschenrechtsbildung. Berufseinstieg in die politische Bildung und Jugendarbeit“ (2020 – 2024), <https://ejbweimar.de/de/mfj/qualifizierungsprogramm/informationen>
- Modellprojekt des Bundesausschusses politische Bildung e.V. (bap): „Resilient! Stärkung der Profession Politische Bildung als zukunftsste Bildungsaarbeit für Demokratien“ (2023-2024), online: <https://www.bap-politischebildung.de/resilient-staerkung-der-profession-politische-bildung-als-zukunftsste-bildungsarbeit-fuer-demokratien>
- Modellprojekt des Bundesausschusses politische Bildung e.V. (bap): „Update!: Professionalisierung der politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft“ (2019-2022), online: <https://www.bap-politischebildung.de/aktuelles-zum-projekt-update> und <https://profession-politischebildung.de>
- Projekt des Bundesausschusses politische Bildung (bap): „Empowered by Democracy“ (2017-2019), u.a. Qualifizierung für Fachkräfte zur Entwicklung einer diversitätsbewussten Praxis und neue Partnerschaften im Feld der politischen Jugendbildung sowie Qualifizierung von geflüchteten Jugendlichen als Teamer*innen, online: <https://www.bap-politischebildung.de/archiv/ebd/index.html>

Akademisierung der Aus- und Fortbildung für nonformale politische Bildung

Eine spezifische Aus- und Fortbildung für nonformale politische Bildung findet in der Regel außerhalb von Hochschulen statt. Das Fehlen von Professuren und Studiengängen wurde bereits erwähnt. Die Sachverständigenkommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht forderte daher:

„Die Kommission empfiehlt dringend die Einrichtung zusätzlicher Professuren für die außerschulische politische Bildung an Universitäten und Fachhochschulen, um die wissenschaftliche Ausbildung der pädagogischen Mitarbeitenden zu sichern, die Praxis zu qualifizieren und weiterzuentwickeln und damit auch die Einrichtungen, die aktuell die Fortbildung ihrer Mitarbeitenden in der Regel durch „Training on the Job“ gewährleisten, zu entlasten. Eine institutionelle Stärkung der politischen Bildung durch zusätzliche Professuren ist darüber hinaus im Feld der Sozialen Arbeit an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften erforderlich. Für den Ausbildungsweg der angehenden politischen Bildnerinnen und Bildner empfiehlt die Kommission überall dort, wo spezialisierte Professuren fehlen, Studienanteile angrenzender Bezugsdisziplinen wie Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft, Bildungswissenschaft, Kulturwissenschaft, Geschichte, Soziologie, Medienpädagogik oder Soziale Arbeit einzubinden. Für die Studierenden, aber auch

für die Lehrenden wäre es eine große Unterstützung, wenn in diesen angrenzenden Bezugsdisziplinen zumindest grundlegende Informationen über das Arbeits- und Berufsfeld der außerschulischen politischen Bildung vermittelt würden.“ (BMFSFJ 2020: 566)

Auch im Fachforum wurde die Position vertreten, dass eine stärkere Akademisierung und Institutionalisierung notwendig sind. Folgende Argumente stützen diese Position:

- *Erstens* besteht kein gemeinsamer Diskursraum für Qualifizierungsansätze und -konzepte, die aus der Praxis stammen und auf Trägerseite organisiert und durchgeführt werden. Große Teile der Qualifizierung für politische Bildung finden aktuell bei Einzelträgern und Verbänden statt. Sieht man von Fachkonferenzen ab, erlangen sie meist kaum trägerübergreifende Aufmerksamkeit. Entsprechend bleiben Qualifizierungsmodelle, Ziele, Konzepte, Inhalte und Methoden häufig partikular und weisen wenige Bezugspunkte zueinander auf. Das führt dazu, dass Diskussionen über politische Bildung zersplittert sind und die Qualität der Angebote leidet. Vielfach fehlt auch das Wissen über Qualifizierungsprogramme, d.h. sie werden in anderen Praxisfeldern und in der Wissenschaft selten oder nicht wahrgenommen. Eine Akademisierung wird hier als probates Mittel gesehen, einen übergeordneten, institutionalisierten Diskursraum über die Qualifizierung für nonformale politische Bildungspraxis zu schaffen und damit mehr Möglichkeiten zu haben, um zu einem wissenschaftlich basierten, gemeinsamen Qualitätsverständnis zu kommen.
- *Zweitens* wird eine Akademisierung der Qualifizierung als ein Weg gesehen, die Qualität der Wissensbestände nonformaler politischer Bildung insgesamt zu fördern. Denn wenn Qualifizierung (Studiengänge und Weiterbildung) vermehrt an den (Fach-)Hochschulen verortet wäre, dann müssten dafür neue Professuren geschaffen und akademisches Personal eingestellt werden. Studierende und Promovierende schreiben vermehrt Qualifikationsarbeiten zu nonformaler politischer Bildung. Mit der Lehre, so die Hoffnung, würde insgesamt mehr Forschung durchgeführt – was wiederum eine bessere Erkenntnisbasis für Aus- und Fortbildung, auch außerhalb von Hochschulen, darstellen würde.
- *Drittens* gilt die Akademisierung als ein Mittel dafür, die Anerkennung nonformaler politischer Bildungsarbeit zu verbessern. Eine stärkere Akademisierung würde als Zeichen einer fundierten Qualifikation der Fachkräfte verstanden und so die Anerkennung nonformaler politischer Bildung als Profession stützen. Mit einer Akademischen Ausbildung ist außerdem die Hoffnung verbunden, dass für politische Bildner*innen eine adäquate und standardisierte Vergütung angesetzt werden könnte, was im Moment nicht üblich ist (siehe Abs et al. 2025: 440-442).
- *Viertens* verfügen viele Träger und Trägerverbände nicht über die notwendigen Möglichkeiten und Finanzmittel, selbst für eine gute Qualifizierung von Fachkräften zu sorgen. Dies gilt vor allem für eine grundständige Ausbildung, da Finanzmittel für Qualifizierungen überwiegend im Rahmen von Sonderprogrammen zur Verfügung stehen, die damit auch (meist partikulare) Ziele und Inhalte vorgeben.

Den Fürsprecher*innen für eine stärkere Akademisierung politischer Bildung steht allerdings auch die Position gegenüber, dass Qualifikation für politische Bildung alltags- und zielgruppennah in pluralen Strukturen stattfinden sollte – d.h. eben nicht in Hochschulen, sondern in der Praxis bei den Trägern. Auch die Pluralität von Ausbildungswegen könnte begrüßenswert sein, wenn politische Bildner*innen mit unterschiedlicher Vorbildung bestimmte Kompetenzen in

ihrer akademischen Ausbildung entwickelt haben und diese in neue Kontexte einbringen bzw. auf neue Kontexte übertragen können.

Insgesamt zeigt sich, dass beide Seiten gute Argumente haben. Akademische Qualifizierung kann Standards sichern, die Praxis stärker an Wissenschaft und Forschung anbinden und politische Bildung sichtbarer machen. Gleichzeitig ist Praxisnähe entscheidend, damit politische Bildung wirksam und relevant bleibt. Wahrscheinlich liegt der Schlüssel in einer guten Balance: Theorie und Praxis sollten sich ergänzen. Dafür ist Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Fachverbänden und Trägern notwendig. Nur so kann die Vielfalt der Perspektiven erhalten bleiben und die Ausbildung an den realen Bedarf angepasst werden.

Zentrale Aussagen

- Die Qualifizierung in der nonformalen politischen Bildung findet bisher vor allem in der Praxis statt, ist aber in der Fachöffentlichkeit wenig sichtbar und anerkannt.
- Eine stärkere Akademisierung könnte helfen, einen gemeinsamen Diskursraum zu schaffen und den Austausch zwischen verschiedenen Qualifizierungsansätzen zu verbessern.
- Hochschulen könnten durch Studiengänge, Professuren und Forschung zur Weiterentwicklung und Professionalisierung politischer Bildung beitragen.
- Eine akademische Verankerung würde die Anerkennung politischer Bildung stärken, die Fachkräfte aufwerten und bessere Bezahlung ermöglichen.
- Einseitige Akademisierung könnte jedoch wichtige praktische Aspekte politischer Bildung übersehen. Die Ausbildung sollte daher nah an der Praxis bleiben und sich an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientieren.
- Eine gute Lösung wäre eine Balance zwischen akademischer Ausbildung und praxisnaher Qualifizierung.
- Wichtig ist die Zusammenarbeit von Hochschulen, Fachverbänden und Trägern, um die Vielfalt der Ansätze und Perspektiven zu sichern.

Zusammenwirken von Praxis und Forschung/Wissenschaft

Letztendlich wird die Frage danach, ob die Praxis oder die (Hoch-)Schulen die richtigen Orte für Qualifizierung für politische Bildung sind, nicht unter dem Motto „Entweder-oder“, sondern „Sowohl-als-auch“ verhandelt. Die Expert*innen im Fachforum waren sich einig, dass die Verbesserung und die Intensivierung des Zusammenwirkens von Praxis und Forschung bzw. Wissenschaft ein wichtiger Bedarf sowohl im Hinblick auf die Qualifizierung von Personal als auch auf die Qualitätsentwicklung der Praxis nonformaler politischer Bildung darstellt.

Dabei sahen die Expert*innen bedenkenswerte Punkte.

- Auch wenn eine akademische Ausbildung von den Bedarfen der Praxis her gedacht werden müsse, so ginge sie nicht, wie manche Praktiker*innen und Studierende meinten, in der anwendungsorientierten Vermittlung von Methoden und praktischen Handlungsanweisungen auf. Grundsätzliche, theoretische Fragen machten einen entscheidenden Teil der Ausbildung aus. Ein „Rezeptwissen“ für politische Bildung gebe es nicht. Vielmehr sei mit Blick auf Methoden theoretisches, konzeptionelles und Erfahrungswissen notwendig, um Methoden reflektieren, dekonstruieren und darauf aufbauend neue Methoden entwickeln zu können. Eine grundlegende akademische Ausbildung habe als Raum zum Nachdenken ohne direkte Anwendungsorientierung einen unverzichtbaren Wert. Die Expert*innen formulierten diesbezüglich den Entwicklungsbedarf im akademischen Bereich, aber auch in der Weiterbildung, die Bedeutung von Theorie deutlicher zu machen, einen Zugang dazu zu bieten und die Adressat*innen „dort abzuholen, wo sie stehen“. Sowohl im Fachforum als auch in der aktuellen Fachliteratur wird betont: Praktiker*innen arbeiten oft sehr erfahrungsorientiert, während Hochschulen eher theorielastig ausbilden. Diese Unterschiede können eine gute Verbindung von Theorie und Praxis erschweren.
- Die Expert*innen beobachteten nicht nur eine zu geringe Bezugnahme der Praxis auf Wissenschaft und (empirische) Forschung, auch umgekehrt erkannten sie in der Wissenschaft zu wenige Praxisbezüge auf nonformale politische Bildungsarbeit. Sie beklagten, dass Praxis- oder Feldwissen kaum oder verspätet in der Forschung ankomme bzw. missachtet werde. Ausschlaggebend sei dafür allerdings zuerst das Fehlen von fehlenden Studiengängen und Hochschulstellen, die sich mit nonformaler politischer Bildung beschäftigen.
- Eine Möglichkeit, die Verzahnung von Praxis und Wissenschaft/Forschung in der Qualifizierung für politische Bildung zu verbessern, könnten berufsbegleitende Studiengänge oder Projektwerkstätten sein, in denen Studierende mit Lernorten nonformaler politischer Bildung zusammenarbeiten und ihre Erfahrungen parallel theoriegeleitet in der Hochschule reflektieren.

Fachpolitische Aspekte von Qualifizierungsprofilen für nonformale politische Bildung

Die Art und Weise, wie sich Fachkräfte für nonformale politische Bildung qualifizieren, weist bedeutende fachpolitische Implikationen auf. So ist die Anerkennung von Qualifizierungsstrukturen, -wegen und -inhalten eine wichtige Grundlage, um fachpolitisch den Wert nonformaler politischer Bildung zu unterstreichen. Um die Relevanz und Qualität nonformaler politischer Bildung begründen zu können, ist es notwendig, fundierte Aussagen darüber treffen zu können, was politische Bildung tut und was politische Bilder*innen können. Dafür wiederum ist es unerlässlich, Aussagen über Qualifikationsprofile nonformaler politischer Bildung treffen zu können. Mit dieser Argumentation ließe sich auch die Einrichtung von spezifisch qualifizierenden Studiengängen begründen.

Zu berücksichtigen ist allerdings auch, „dass Demokratiebildung und Partizipation im pädagogischen Alltag nicht nur in der politischen Bildung, sondern auch in den anderen Feldern der Ju-

gendarbeit wie Jugendverbandsarbeit, kulturelle oder sportliche Bildung ihren festen Platz haben und deshalb in der Ausbildung von Fachkräften und bei der Qualitätssicherung berücksichtigt werden sollten. Kurzum: Inseldenken und undurchdringliche Professionsgrenzen sind überkommen. Die Professionalisierung des Feldes der politischen Bildung setzt auf die Verschränkung mit anderen Arbeitsfeldern.“ (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) e.V. 2025: 5)

Aus dieser Perspektive stellt sich die Frage nach „genuinen“ professionellen Kompetenzen neu: Was sind Kernkompetenzen für politische Bildung? Wo gibt es Schnittmengen zu anderen Praxisfeldern, z.B. der Jugend- und Erwachsenenbildung?

Die im Fachforum vertretenen Expert*innen nannten einige erste Anknüpfungspunkte, die aufgeworfenen Professionsfragen mit Blick auf ein Qualifikationsprofil weiter mit Inhalt zu füllen.

Becker (2022) und andere Expert*innen argumentieren, dass die Antworten auf die Fragen, welche Qualifikationen für die politische Bildung notwendig sind und was genau zur politischen Bildung als Beruf gehört, durch einen interdisziplinären Austausch und durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachbereiche und Organisationen gefunden werden müssen. Hierbei bringt jede Gruppe ihre eigene Sichtweise auf politische Bildung ein, was zur Komplexität und zu einem umfassenderen Verständnis des Berufs beiträgt. Letztlich ist es entscheidend, dass die Vielfalt der Zugänge und die unterschiedlichen Ausbildungswege nicht nur bestehen bleiben, sondern aktiv gefördert werden, um zeitgemäße und effektive politische Bildung zu gewährleisten.

Auch in diesem Zusammenhang wurde wieder betont, dass ein einziges Qualifikationsprofil den vielfältigen Anforderungen nicht gerecht werden kann. Die Vielfalt im Bildungsbereich sei ein wertvolles Gut, insbesondere in einer pluralistischen Gesellschaft, wo unterschiedliche Bildungsansätze und interdisziplinäre Perspektiven notwendig sind. So sollte die Schärfung eines Qualifikationsprofils nonformaler politischer Bildung keinesfalls auf eine strenge Vereinheitlichung oder Standardisierung von Qualitätsvorstellungen zielen, die die Expert*innen im Fachforum kritisch sahen. Pluralität und Vielfältigkeit der politischen Bildungspraxis sowie der Wettbewerb freier Ideen und Kritik müsse sich auch in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Feld widerspiegeln und damit auch Grundlage für (akademische) Qualifizierungsangebote sein.

In diesem Zusammenhang wurde im Fachforum auch das zu der Zeit noch in Arbeit befindliche Kompetenzprofil für Fachkräfte der außerschulischen politischen Bildung „kompetent. politisch. bilden“ des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) e.V. (2025) diskutiert, das inzwischen veröffentlicht wurde. Dieses wurde als mögliche Grundlage für weitere Diskussionen eingeschätzt.

Zertifizierungen

Ein weiteres Mittel, um die Anerkennung von Qualifikationen zu erhöhen, sind Zertifikate. Aktuell gibt es, der Pluralität der Qualifizierungslandschaft entsprechend, kaum praxisfeld- oder disziplinübergreifenden Zertifikate für nonformale politische Bildung. Oft gelten aktuell „weichere“ Bescheinigungen als hilfreich, d.h. solche, die keine definierten Kompetenzen standardisiert zertifizieren, sondern spezifische Ausbildungsinhalte individuell beschreiben. Da es jedoch kein allgemein anerkanntes Berufs- oder Qualifizierungsprofil und keine übergeordneten Stellen gibt, die Zertifizierungen validieren könnten, ist es schwierig, eine solche Zertifizierung zu entwickeln.

Zertifikate wurden im Fachforum auch kritisch gesehen. Die folgende Tabelle zeigt die jeweiligen Pro- und Contra-Argumente zur Einführung von Zertifikaten.

| Pro (Vorteile) | Contra (Herausforderungen) |
|---|---|
| Anerkennung und Sichtbarkeit: Zertifikate stärken die gesellschaftliche und fachliche Anerkennung politischer Bildung. | Einengung der Vielfalt: Standardisierung könnte die Offenheit und Vielfalt im Feld einschränken. |
| Transparenz und Vergleichbarkeit: Klar definierte Kompetenzen erleichtern die Einschätzung von Qualifikationen. | Unzureichende Passung: Starre Standards passen oft nicht zu den verschiedenen Praxisrealitäten. |
| Grundlage für Personalmanagement: Zertifikate können als Orientierung bei Personalentscheidungen und als Grundlage für faire Vergütung dienen. | Bürokratischer Aufwand: Die Einführung und Pflege standardisierter Zertifikate kann aufwendig sein. Sie müssten auch von Zuwendungsgebern akzeptiert werden. |
| Qualitätssicherung: Einheitliche Standards können zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität beitragen. | Exklusion durch Zugangshürden: Nicht alle haben gleiche Chancen, an zertifizierten Angeboten teilzunehmen. |
| Berufliche Weiterentwicklung: Zertifikate schaffen Anreize für gezielte Weiterbildung und Professionalisierung. | Gefahr der Entwertung informeller Kompetenzen: Wissen und Erfahrungen ohne Zertifikat könnten weniger zählen. |
| Stärkung der Fachlichkeit: Gemeinsame Profile fördern den fachlichen Austausch und die Professionalisierung. | Zentralisierung der Steuerung: Eine Vereinheitlichung birgt Gefahr der Dominanz bestimmter Institutionen oder Fachdisziplinen. |

Entwicklungsbedarfe

Mit Blick auf Qualifizierung für nonformale politische Bildung lassen sich zentrale Entwicklungsbedarfe identifizieren:

1. Praxisfeldübergreifender Austausch und Vernetzung sind notwendig, um die Frage zu klären, was eine Fachkraft können muss, um eine gute politische Bildnerin / ein guter politischer Bildner zu sein. Ein Diskurs über Qualifikations- und Berufsprofile ist notwendig, um eine stärkere Vernetzung, Wahrnehmbarkeit und Anerkennung von Qualifikationsmöglichkeiten zu erreichen. Das vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) e.V. vorgelegte Kompetenzprofil könnte dafür ein erster Aufschlag sein.

Ein Verständigungsprozess über ein Qualifikationsprofil steht allerdings vor einer Reihe von Herausforderungen. So bedarf er einer Koordination der unterschiedlichen Akteure, die für nonformale politische Bildung qualifizieren (siehe Abbildung 2). Weiterhin ist es notwendig, bestehende Hierarchien bzw. Dominanzen, etwa zwischen Praxis und Hochschule, in einem entsprechenden Fachaustausch nicht zu reproduzieren, sondern zu durchbrechen. Auch die beschriebene Pluralität und Vielfältigkeit des Feldes ist eine Herausforderung, da die Profession nonformaler politischer Bildung unklar umgrenzt ist und nicht festgelegt ist, wel-

che Akteure und Ansätze als Teil der Profession politischer Bildung gelten können und welche nicht.

2. Trotz der oben angeführten Bedenken sollte es an Hochschulen eine stärkere Institutionalisierung der Qualifizierung für nonformale politische Bildung geben. Dafür müssten Studiengänge geschaffen oder vorhandene spezifiziert und/oder erweitert sowie Studieninhalte (z.B. Module) erarbeitet werden und vorhandene Professuren unterstützt, bestenfalls weitere geschaffen werden, die das Feld in Forschung und Lehre vertreten. Mit einer stärkeren Institutionalisierung ist auch die Erwartung verbunden, dass mehr Praxis- und Wirkungsforschung realisiert werden kann, was wiederum die Anforderungen der Praxis in Bezug auf Aus- und Fortbildung untermauern und konkretisieren könnte. Die Praxis hat große Bedeutung, wenn es darum geht, die Qualifikation für nonformale politische Bildung sowie strategische Argumente für die Bedeutung politischer Bildung gehaltvoll zu fundieren. Ein Schritt für mehr Lehre und Forschung für nonformale politische Bildung ist das Vorhaben der *Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub*, eine Arbeitsgruppe „Forschungsförderung“ einzurichten, in der Akteure aus unterschiedlichen Wissenschaftsfeldern gemeinsam für mehr Empirie und eine bessere Vernetzung von Forschungsvorhaben und -ergebnissen eintreten.
3. Die skizzierten Entwicklungsbedarfe sind in der Regel mit einem Bedarf an finanziellen Mitteln verbunden, der nur durch Förderungen gedeckt werden kann. Während feld- und disziplinübergreifende Verständigung und Vernetzung im Rahmen von Projekten angestoßen werden kann, muss für die Einrichtung von Studiengängen und Professuren, auch die Erweiterung vorhandener Studiengänge, in der Regel viel Überzeugungs- und Lobbyarbeit bei Politik, Verwaltung und Hochschulen geleistet werden. Die Teilnehmenden am Fachforum waren sich zum Schluss einig, dass es sich nicht nur lohnen würde, sondern auch einen Versuch wert wäre, für entsprechende Forderungen Allianzen zu schmieden.
4. Darüber hinaus sollten Träger systematisch prüfen, welche Qualifizierungsbedarfe es gibt und wie sie sich für die Stärkung von Qualifikation einsetzen können. Dafür lässt sich beispielsweise eine im Nachgang des Fachforums entwickelte Checkliste für Träger nutzen.

Checkliste für Träger in der nonformalen politischen Bildung

1. Qualifizierungsbedarf erkennen
 - a. Haben unsere Fachkräfte eine fundierte Ausbildung für nonformale politische Bildungsarbeit?
 - b. Kennen sie relevante Theorien und Konzepte?
 - c. Gibt es regelmäßige Fort- und Weiterbildungen für das Team?
2. Kompetenzprofile nutzen oder entwickeln
 - a. Haben wir festgelegt, welche Kompetenzen unsere Fachkräfte in der politischen Bildung brauchen (Fachwissen, Haltung, Methodenkompetenz)?
 - b. Orientieren wir uns an bestehenden Qualifikationsprofilen?
3. Theorie und Praxis verknüpfen
 - a. Gibt es im Team Raum und Zeit, um theoretische Konzepte zu reflektieren und weiterzudenken?
 - b. Werden Fortbildungen angeboten, in denen Theorie mit der konkreten Praxis verbunden wird?
 - c. Kooperieren wir mit Hochschulen oder Forschungseinrichtungen?
4. Vielfalt im Team berücksichtigen
 - a. Kommen unsere Fachkräfte aus unterschiedlichen Disziplinen (z.B. Lehramt, Soziale Arbeit, Politikwissenschaft)?
 - b. Haben wir dafür gesorgt, dass alle ein gemeinsames Verständnis von politischer Bildung entwickeln können?
5. Praxisnah lernen – durch Kooperationen
 - a. Arbeiten wir mit Hochschulen zusammen, z.B. bei Fortbildungen oder in Praxisforschungsprojekten oder Praxissemester-Modellen?
 - b. Gibt es gemeinsame Projekte mit Studierenden, z.B. zur Entwicklung von Bildungsformaten?
6. Fachpolitik aktiv mitgestalten
 - a. Setzen wir uns für die gesellschaftliche Anerkennung nonformaler politischer Bildung ein (z.B. durch Netzwerkarbeit, Fachveranstaltungen)?
 - b. Machen wir den Wert unserer Arbeit sichtbar – gegenüber Politik, Öffentlichkeit und Geldgeber*innen?

Zum Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“

Die *Transferstelle politische Bildung* führte vom 01.12.2022 bis 30.04.2025 das Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“ durch, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Ausgangspunkt des Projekts war die Erkenntnis, dass die Praxis nonformaler politischer Bildung zunehmend divers ist, gleichzeitig aber Diskursräume fehlen, in denen Perspektiven aus unterschiedlichen Praxisfeldern, auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte und Wissenschaftsbezüge, von sogenannten etablierteren und neueren Akteur*innen ausgetauscht werden können, um Unterschiede, vor allem aber Gemeinsamkeiten und Schnittstellen zu identifizieren. Das Projekt bot einen solchen Austausch in Form von Fachforen, die ausgewiesene Expert*innen aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis um einen Tisch versammelten. Sie diskutierten zu ausgewählten aktuellen Fragestellungen, die verschiedene Praxisfelder politischer Bildung und Demokratieförderung betreffen.

Zitierte Literatur

Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden:

<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Abs, Hermann Josef / Engartner, Tim / Hedtke, Reinhold / Oberle, Monika / Heijens, Marie / Hellmich, Simon Niklas / Hulkovych, Valeriia / Huschle, Lucy / Wasenitz, Stella (Hrsg.) (2025): Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung. Bonn. Schriftenreihe Bundeszentrale politische Bildung/bpb (Bd. 11134), online: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/561272/pilotmonitor-politische-bildung> (abgerufen am 15.07.2025)

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) (2025): „kompetent. politisch. bilden“. Kompetenzprofil für Fachkräfte der außerschulischen politischen Bildung, online: <https://www.adb.de/system/files?file=2025-06/2025-kompetenzprofil-broschuere.pdf> (abgerufen am 15.07.2025)

Becker, Helle (2022): Zwischen Freiraum und Prävention. Politische Jugendbildung, In: Möller, Kurt / Neuschler, Florian / Steinbrenner, Felix (Hrsg.): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit. Stuttgart, S. 114-124

Becker, Helle (2013): Wir Kellerkinder? Zur Geschichte der „Profession politische Bildung“ in der außerschulischen Jugendbildung und der Erwachsenenbildung. In: Hufer, Klaus-Peter / Richter, Dagmar (Hrsg.): Politische Bildung als Profession. Verständnisse und Forschungen. Bonn. Schriftenreihe Bundeszentrale politische Bildung/bpb (Bd. 11135) S. 49-63, online: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_1355_1_8pw.pdf (abgerufen am 09.07.2025)

Bundesministerium für Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin, online: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238> (abgerufen am 15.07.2025)

Hufer, Klaus-Peter / Länge, Theo W. / Menke, Barbara / Overwien, Bernd / Schudoma, Laura (Hrsg.) (2013):

Wissen und Können: Wege zum professionellen Handeln in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.

Transfer für Bildung e.V. (2023a): Landkarte der Forschung zu politischer Bildung, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/forschungslandkarte/> (abgerufen am 15.07.2025)

Transfer für Bildung e.V. (2023b): Topografie der Praxis politischer Bildung, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfmaterial/topografie-der-praxis/> (abgerufen am 15.07.2025)

Impressum

Transferstelle politische Bildung
c/o Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de

Internet: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten/>

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/transferfuerbildung>

Facebook: <https://www.facebook.com/transferfuerbildung>

YouTube: <https://www.youtube.com/@TransferfuerBildung>

Das Papier ist im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten: Fachforen politische Bildung und Demokratieförderung“ der Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V. entstanden.

Hrsg.: Transfer für Bildung e.V.
Essen, 2025

Ein Projekt von:

**Vielfalt
gestalten**
Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

**TRANSFER
FÜR
BILDUNG**

Gefördert
durch die
 **bpb:**
Bundeszentrale für
politische Bildung